

Wenn die Schweiz wieder erhöht, zieht Liechtenstein mit

Der schweizerische Bundesrat schlägt vor, dass zur Finanzierung der 13. AHV-Rente die Mehrwertsteuer ab 2026 erhöht wird. Zunächst muss der Vorschlag aber vom Parlament verabschiedet werden und anschliessend eine Volksabstimmung überstehen.

Nach der Zustimmung des Schweizer Stimmvolks zur 13. AHV-Rente am 3. März dieses Jahres geht es nun um die Finanzierung dieses Beschlusses. Ab 2026 werden auch Rentner in der Schweiz von der AHV «Weihnachtsgeld» erhalten – in Liechtenstein gibt es dies schon länger.

Nur steht in der Schweiz die erste Säule wesentlich schlechter da. So wird das Umlageergebnis der AHV bereits ab 2026 negativ sein, wenn die 13. AHV-Rente das erste Mal ausbezahlt wird. Im Abstimmungskampf hat der Bundesrat eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,5 Prozent und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent ins Spiel gebracht. Die Initianten der 13. AHV-Rente wollten die Finanzierung ausschliesslich über die Lohnbeiträge umsetzen. Nun hat der Bundesrat jedoch vorgeschlagen, dass die

gesamte Finanzierung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen soll. Wie stark die Erhöhung ausfallen soll, liess der Bundesrat noch offen. Dies soll erst im Herbst entschieden werden, wenn die neuen AHV-Zahlen vorliegen. Anschliessend soll auch das Parlament einen konkreten Vorschlag einbringen. Schätzungen von verschiedenen Schweizer Medien gehen aber von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von 0,6 bis 0,7 Prozent aus. Auch wenn das Parlament in Bern zustimmt, müsste dies noch in einer Volksabstimmung bestätigt werden, da Anpassungen der Mehrwertsteuer dem obligatorischen Referendum unterliegen.

Etwa 15 Millionen mehr für Liechtensteiner Staatskasse

Sollte es in der Schweiz zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer



Die Schweiz hat die Einführung der 13. AHV-Rente in einer Volksabstimmung beschlossen. Nun muss deren Finanzierung noch geregelt werden. Bild: Keystone

kommen, dann wäre dies auch für Liechtenstein von Bedeutung. Denn das Fürstentum bildet gemeinsam mit der Eidgenossenschaft ein «Mehrwert-

steuerinland». Heisst: Änderungen im Schweizer Mehrwertsteuergesetz gelten auch für Liechtenstein. Steigt also die Mehrwertsteuer in der Schweiz

ab 2026, steigt sie auch in Liechtenstein. Dies würde zusätzliche Millionen in die Staatskasse spülen. Eine Erhöhung von 0,6 bis 0,7 Prozentpunkte würde

Mehreinnahmen zwischen 15 und 17 Millionen Franken bedeuten. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von heute 8,1 auf 8,7 Prozent würden aber auch die Konsumenten spüren. Dies ist auch der Hauptkritikpunkt in der Schweiz, da die Mehrwertsteuer alle gleich betrifft. Nur die Mitte und die Arbeitgeberverbände stehen der Finanzierung über die Mehrwertsteuer positiv gegenüber. Von links wird der Vorschlag als «unsozialer Fehlentscheid» bezeichnet. Hier wird die Erhöhung der Lohnbeiträge als die sinnvollere und sozialere Finanzierungsvariante gesehen.

Auch im Liechtensteiner Landtag wird die finanzielle Zukunft der AHV diesen Herbst wieder ein Thema sein. Die Regierung wird das neue versicherungstechnische Gutachten vorlegen. Darin wird berechnet, wie gut die AHV in Liechtenstein in 20 Jahren dasteht. (sap)